

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 224

Nr. 297 a

Bezugspreis:

monatlich 2 M., vierteljährig 6 M., halbjährig 12 M., jährlich 24 M. — Ferner: Anzeigerpreis: 5 Pfennig pro Zeile und 10 Pfennig pro Spalte für die erste Woche, 7 Pfennig für die zweite Woche, 5 Pfennig für die dritte Woche, 4 Pfennig für die vierte Woche. — Ferner: Anzeigerpreis: 5 Pfennig pro Zeile und 10 Pfennig pro Spalte für die erste Woche, 7 Pfennig für die zweite Woche, 5 Pfennig für die dritte Woche, 4 Pfennig für die vierte Woche.

Halle - Saale

Einzelpreis: 10 Pfennig. — Ferner: Anzeigerpreis: 5 Pfennig pro Zeile und 10 Pfennig pro Spalte für die erste Woche, 7 Pfennig für die zweite Woche, 5 Pfennig für die dritte Woche, 4 Pfennig für die vierte Woche.

Verkaufspreis: 10 Pfennig. — Ferner: Anzeigerpreis: 5 Pfennig pro Zeile und 10 Pfennig pro Spalte für die erste Woche, 7 Pfennig für die zweite Woche, 5 Pfennig für die dritte Woche, 4 Pfennig für die vierte Woche.

Montag, 19. Dez. 1927

Verkaufspreis: 10 Pfennig. — Ferner: Anzeigerpreis: 5 Pfennig pro Zeile und 10 Pfennig pro Spalte für die erste Woche, 7 Pfennig für die zweite Woche, 5 Pfennig für die dritte Woche, 4 Pfennig für die vierte Woche.

Wie Preußen unsere Sicherheit untergräbt

Reichsrat gegen Wehrmacht

Ablehnung des neuen Panzerkreuzers — Man spart 9 Millionen, schließt aber dafür die Werften — Der Haushaltsplan für 1928 im Gleichgewicht

Berlin, 19. Dezember.

Der Reichsrat hielt Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brücker eine Sitzung ab, in der zunächst das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Wehrmachtvergrößerung für Sozial- und Kleinrentner, die Novelle zum Wehrdienstgesetz, das Straßfahrzeugesteuer-Gesetz, die deutsch-baltischen Zollvereinbarungen für geneigte Eingewandene, die Zolländerung für Automobile und das Gesetz über Ausfuhr von Kunstwerken befaßt wurden.

Genauig wurde auch eine Verordnung des Arbeitsministers, wonach ab im Jahre 1928 100 000 ausländische Landarbeiter, im Restfall noch 10 000 mehr, zugelassen werden.

Der Reichsrat trat dann in die Beratung des Etats für 1928 ein. Zu dem neuen Wehretat führte der Haupt-richtigerlatar, preußischer Ministerdirektor Dr. Wecht, u. a. folgendes aus: Der Entwurf des Wehrhaushalts für 1928 ist vorläufig ein Torso. Die Endausgaben sind vollständig, aber die Ausgaben für diejenigen, die die Ausgaben durchzuführen sollen, sind noch der schwebenden Budgetreform nur in grobsten Umrissen aufgeführt, weshalb der Reichsrat zu der Wahl der Stellen und zu den Eingruppierungen erst Stellung nehmen kann, wenn der Wehrhaushalt vorliegt. Die Arbeit und Heberfähigkeit des Entwurfs ist weiter erörtert. Material ist es gelungen, den Wehretat für 1928 in der harten Höhe von 9,5 Milliarden Reichsmark ins Gleichgewicht zu bringen. Davon entfallen nur 146,3 Millionen Reichsmark auf den außerordentlichen Haushalt (im Vorjahr 476,2 Millionen). Dies hängt mit der

Einsparungen des Anleihewesens

zusammen. Es stehen jetzt noch 914 Millionen Mark aus früher bewilligten Anleihen ungenutzt offen, und um diesen Betrag weiter zu vermindern, soll der sogenannte Betriebsmittelfonds, der aus Währungsnoten des Jahres 1924 entstanden war, aufgehört und mit 62 Millionen zur Bedienung des Anleihewesens verwendet werden, so daß sich die offenen Anleihebewilligungen auf 852 Millionen Mark vermindern. Die Aufkündigung einer Anleihe soll auch im Jahre 1928 vermieden werden.

Wenn nun auch der Haushalt für 1928 ins Gleichgewicht gebracht werden konnte, so muß man doch, wie der Redner ausführte, mit großer Sorge dem kommenden Haushalt für 1929 entgegenzusehen, wo sich die konstanten Ausgaben für den Wehrdienst erhöhen werden. Bei gleichbleibenden Ausgaben muß im Jahre 1929 noch reichlich 3,5 Millionen Reichsmark über die übrigen Einnahmequellen hinaus gesucht werden. Selbst wenn keine Mißerfolge eintreten und sich die Steuererhöhungen günstig entwickeln, wird die Bedienung außerordentlicher Anleiheverleihen zu erwarten sein.

Der Berichterstatter stellte zum Schluß fest, daß der Reichsrat den Etat durch seine Beschüsse um 33 Millionen erhöht hat, so daß er jetzt mit 9536 Millionen balanciert. Er beantragte, dem Etat in der Fassung der Ausschüsse beizustimmen.

Preuß. Staatssekretär Dr. Weigmann stellte dann im Auftrage der preußischen Staatsregierung folgende Anträge: 1. Im Etat des Reichsfinanzministers Neubauten für Finanzämter im Betrage von zusammen 1 387 500 Reichsmark. 2. Im Haushalt des Reichswehrministeriums den Ankauf für den Neubau eines Panzerkreuzers vom zusammen 9 300 000 Reichsmark, 3. einige Etatsanträge im Reichswehrministerium um 6 291 000 Reichsmark zu fügen.

Über die preußischen Anträge wurde namentlich abgehandelt. Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Brücker der Streichung der Anträge für Neubauten im Haushalt des Finanzministeriums im Namen des Reichsregierung widerprochen hatte, wurde zunächst der erste Antrag Preußens (Streichung von 1 387 500 Reichsmark im Etat des Finanzministeriums) mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen.

Reichswehrminister Dr. Gessler:

Ich will ganz kurz die Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber diesem Antrag darlegen. Unsere Verteidigungsmittel über die See sind vortrefflich bestimmt. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß die Möglichkeit hat, bis die Einheit und die Abgrenzung in der Welt vor sich gegangen ist, wenigstens das bestehende Maß des Friedensvertrages zu erhalten und sich für die Erhaltung auf unsere Seerüstung auszubilden und glaubt nicht, die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß das von den Alliierten selbst für Deutschland festgelegte bestehende Maß der Seerüstung beschränkt wird. Allerdings insofern glauben wir vielen Maßnahmen nicht ganz ausreichen zu dürfen, als wir von den uns bewilligten sechs Kreuzern nur fünf bauen und den sechs U-Booten nur vier Neubauten ins Auge fassen.

Was die Frage des Einbaues unserer Linienkisten angeht, so steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß

die die Verpfändung, hat, unter allen Umständen für die Sicherheit des Seeweges nach Ostpreußen angefaßt zu sein. Es ist in der sich durchziehen befindet, Sorge zu tragen. Das ist mit den letzten Streitkräften, die wir haben, nicht möglich; die paar Kreuzer können diese Aufgabe nicht erfüllen.

Die militärische Bedeutung der Neubauten ist vom Chef der Marineleitung in den Ausführenden eingehend besprochen worden. Ich darf in dieser Richtung auf weitere Ausführungen verzichten. Es ist uns nicht damit gebietet, daß diese Bauten auf das eine und andere Jahr verschoben werden, und gerade die erste Rate für das Panzerkreuzer ist dazu notwendig, um eine Reihe auf den Werften zu verbindern, und speziell die Rate, die hier in Aussicht genommen ist, soll dazu dienen, der Werft in Kiel die nötige Beschäftigung zuzuführen, der sonst nach einer Erklärung des verantwortlichen Ministers, im Kabinett — in diesem Falle bin ich nicht der verantwortlichen Minister im Herbst mit Schließung dieser Werft zu rechnen ist. Das also ist die praktische Bedeutung dieser Sache. Da Staatssekretär Dr. Weigmann auf seinem Antrag bestand, erklärte Reichswehrminister Dr. Gessler nochmals nachdrücklich: Ich mache darauf aufmerksam, daß mindestens derselbe Betrag für das nächste Jahr künftig wegfallen wird, weil die Werftsbauten für die Kreuzer zu Ende gehen.

Ich bin bereits von dem Herrn Generalsekretären darauf aufmerksam gemacht worden, daß bezüglich der Kriegsschiffbauten nur zwei und dritte Raten, letztere sind die Schlußraten, gefordert werden, und das bedeutet, wenn wir nicht mit dem Bau anderer wichtigerer Schiffe langsam beginnen, daß es absolut zur Tilgung der betreffenden Werften kommen muß.

In namentlicher Zustimmung wurde der preußische Antrag mit 39 gegen 28 Stimmen angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde auch der letzte preußische Antrag angenommen, wonach im Reichswehretat die Ausgaben für militärische Zwecke um 6 291 000 Reichsmark zu kürzen sind. Damit schloß die Aussprache. Der Etat wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Das Pariser Hindenburg-Plakat soll verboten werden

Berlin, 19. Dezember.

Wie ein Morgenblatt aus Paris meldet, begrüßt die französische Zensur die deutsche Demarche wegen des heftigen Hindenburg-Plakates der Freunde des „Echo de Paris“. In einer scheinbar offiziellen Note weisen die Pariser Mächte darauf hin, daß die Regierung dieses Plakat zu verbieten gedenkt, zumal öffentliche Anschläge, die das Oberhaupt eines fremden Staates beschimpfen, gesetzlich verboten sind.

Zum Streit in der Eisenindustrie

Der Deutsche Metallarbeiterverband lehnt die Schiedsprüche ab.

Essen, 19. Dezember.

Die getriggte Delegierten- und Geschäftsführerkonferenz der freigewerkschaftlich organisierten Hütten- und Metallarbeiter für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Maschinenindustrie lehnte nach Entgegennahme des Berichtes über die Arbeitszeit- und Lohnverhandlungen die beiden Schiedsprüche mit Ausnahme der von den Unterhändlern des D. S. B. getroffenen Vereinbarungen des Zuschlages von 25 Prozent für Wehrbedarf einmütig ab. In einer Entschließung wurde der Schiedspruch als so ungenügend bezeichnet, daß seine Abweisung ein Gebot der Selbsthaltung ist. Der Schiedspruch zur Arbeitszeitfrage lehnte die Produktion der eisenhaltenden Industrie in einem Maße, das die Unternehmen bei ansonsten guter Konjunktur hohe Gewinne in Aussicht stünden, an denen die Arbeiter nicht beteiligt würden. Unbekümmert um die grundsätzliche Stellungnahme der Konferenz wurden die Vertreter der in den freien Organisationen vereinigten Hütten- und Metallarbeiter beauftragt, alles zu tun, um:

- a) den Schiedspruch der Thomas- und Martin-Werke und der dazu gehörigen Walzstraßen später zu legen;
- b) eine weitere angemessene Erhöhung der Tarifstundenhöhe herbeizuführen;
- c) die lange Laufdauer des Lohn- und Schiedspruches zu verkürzen und
- d) festzustellen, daß die Arbeiter in den Hochöfen und Abbrünnereien der Hüttenwerke ab 1. Januar 1928 die dreigeteilte Achtstundentätigkeit zu beanspruchen haben.

Von der Reichsmarine

Aus Kiel kommt die erfreuliche Nachricht, daß in den Wintermonat für 1928 die erste Rate für einen Panzerkreuzer (A) eingestellt ist.

Bekanntlich geht es nach dem Friedensvertrag an größeren Schiffen 6 Kreuzer zu höchstens 6000 Tonnen und 6 Panzerjagde zu 10 000 Tonnen zu. Während von den Kreuzern als Ersatz für die uns vertriebenen Bauten aus den Jahren 1902—1906 schon einer („Ende“) die deutsche Flagge in der Welt zeigt, zwei weitere vom Stapel gelaufen sind, ein weitere auf Stapel gelegt und der Baubeginn des fünften für 1928 vorgezogen ist, war für den Ersatz der aus den gleichen Jahren stammenden kleinen sogenannten Linienjagde bisher noch nichts geschehen. Als Ersatz Seelachtjagde zu bauen, also Schiffe mit harter Panzerung und schwerer Artillerie, aber verhältnismäßig geringer Geschwindigkeit, wäre zwecklos in einer Zeit, wo jedes einzelne Seelachtjagde der anderen Seemächte mit 30 000—40 000 Tonnen ein Vielfaches der Geschwindigkeit eines 10 000-Tonnen-Schiffes darstellt. Nun hat sich die Marineleitung zum Bau eines Panzerkreuzers entschlossen, d. h., da die Grenze von 10 000 Tonnen natürlich innegehalten werden muß, eines vergrößerten Kreuzers mit stärkerer Panzerung und schwerer Artillerie, wie ihn auch die anderen Seemächte als Maßstab für die schwächeren Kreuzer und für besondere Aufgaben (Sonderjagde, Kolonialdienst) bauen. Der erste Bau (A) wird naturgemäß ein Versuch auf diesem Gebiete sein, wir können aber überlegen, daß es der Marineleitung gelingen wird, auch hier bald einen muffergiltigen Typ heranzubringen.

Der Bau soll an die Deutschen Werke in Kiel vergeben werden, während die Wilhelmshavener Marineverft mit dem Bau der kleineren Kreuzer beauftragt ist. Dieser Bau wird mehreren hundert Arbeitern und Angestellten Arbeit und Brot geben und ist auch deshalb lebhaft zu begrüßen.

P. Vollmer.

Die Ablehnung des Antrages für den Neubau eines Panzerkreuzers durch den Reichsrat bereitet nun neuen, wie Preußen hinstemmt die Sicherheit Deutschlands untergräbt. In allen nationalen Kreisen hat diese Ablehnung die größte Enttäuschung und das höchste Versehen ausgelöst. Wäre derartige in irgend einem anderen Lande überhaupt denkbar? Es ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, daß es bei uns Leute gibt, die unablässig danach streben, die durch das Friedensdiktat gezogenen Grenzen für Meer und Marine noch enger zu ziehen. Es liegt doch klar auf der Hand, daß Preußens Vorgehen wohl berechtigt und vorher genau überlegt war. Doch unangelegentlich muß dieses Vorgehen an, wenn man erklärt, daß die für das neue Panzerkreuzer vorgesehenen Ausgaben von 9 300 000 Reichsmark nur ein Teil der Mittel des Reichshaushalts ausmachen. Ganz unvorhersehbar ist die Tatsache, daß Ostpreußen, das ganz vom Mutterlande abgeschnitten ist und deswegen mit aller Macht auf eine Sicherung des Seeweges hinarbeiten sollte, keine Stimme gegen den Neubau obgab.

Wirft nicht diese Ablehnung wie eine schändliche Groteske? Zur gleichen Zeit, wo die ganze Welt „abstrift“, indem sie eine noch nie erlebte „Aufrüstung“ vornimmt, und Geni mit seiner „Abkräftigungskonferenz“ das flüchtige Fährwasser erlicht hat, finden sich noch „Zeitschiff“, die uns selbst die immerwährenden Mittel der Verteidigung noch nehmen möchten, die uns das grausamste Diktat der Weltgeschichte glauben zu müssen.

O. Fr.

Massenaußschluß aus der Kommunistischen Partei Rußlands

Berlin, 19. Dezember.

Wie ein Morgenblatt aus Moskau meldet, hat der Kongreß der kommunistischen Partei der Sowjetunion 75 Oppositionsführer, darunter Trocki, Sinowjew und Kamenev, aus der Partei ausgeschlossen. Ein von dem Kongreß eingerichteter Sonderausschuß hatte zuvor die Kompromißklärungen Sinowjews und Trockis als ungenügend zurückgewiesen.

Raubüberfall in der Volkmanstraße

Uteitel im Wolmer-Prozeß
Gm:elbeten auf Seite 3.

